



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 17
29.04.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 33 %, SPD bei 22 %
----------------	------------------------------

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Große Sorge um den Weltfrieden Terrorgruppe IS und Syrien werden als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	33 (-1)	33 (-)
SPD	22 (+1)	22 (-)
FDP	8 (+1)	6 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	13 (-)	12 (-1)
AfD	10 (-1)	13 (+1)
Sonstige	5 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.	21.-27.04.

Die Union liegt bei forsa 11 (-2) und bei Emnid 11 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	48 (-2)
Gabriel	15 (+2)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-4) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

87 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 5 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 51 % (-11) für Merkel und 8 % (+2) für Gabriel entscheiden.

36 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 35 % (-5) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (01.05.2016)

Problemlösungskompetenz

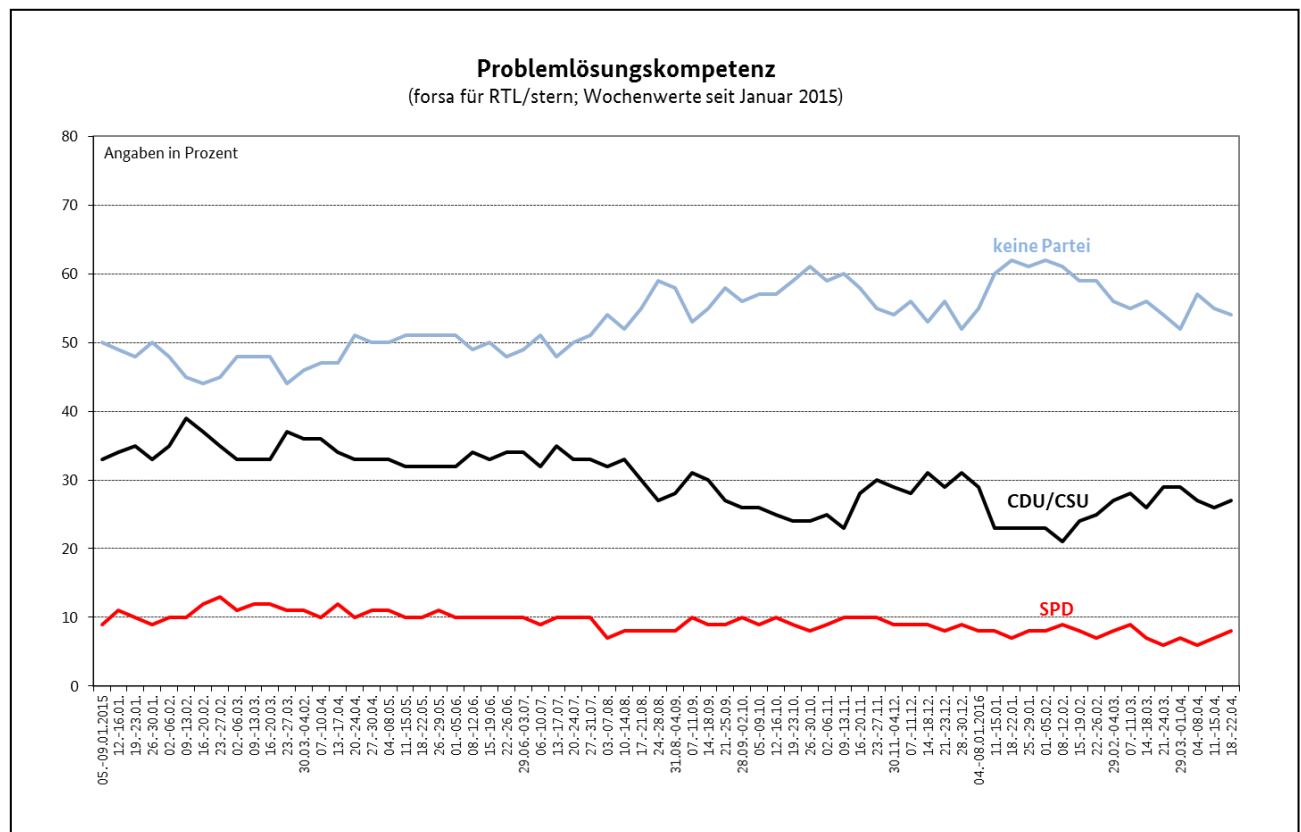
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	27 (+1)	
SPD	8 (+1)	
sonstige Parteien	11 (-1)	
keine Partei	54 (-1)	
Erhebungszeitraum	18.-22.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

65 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (+4) von ihrer Partei.



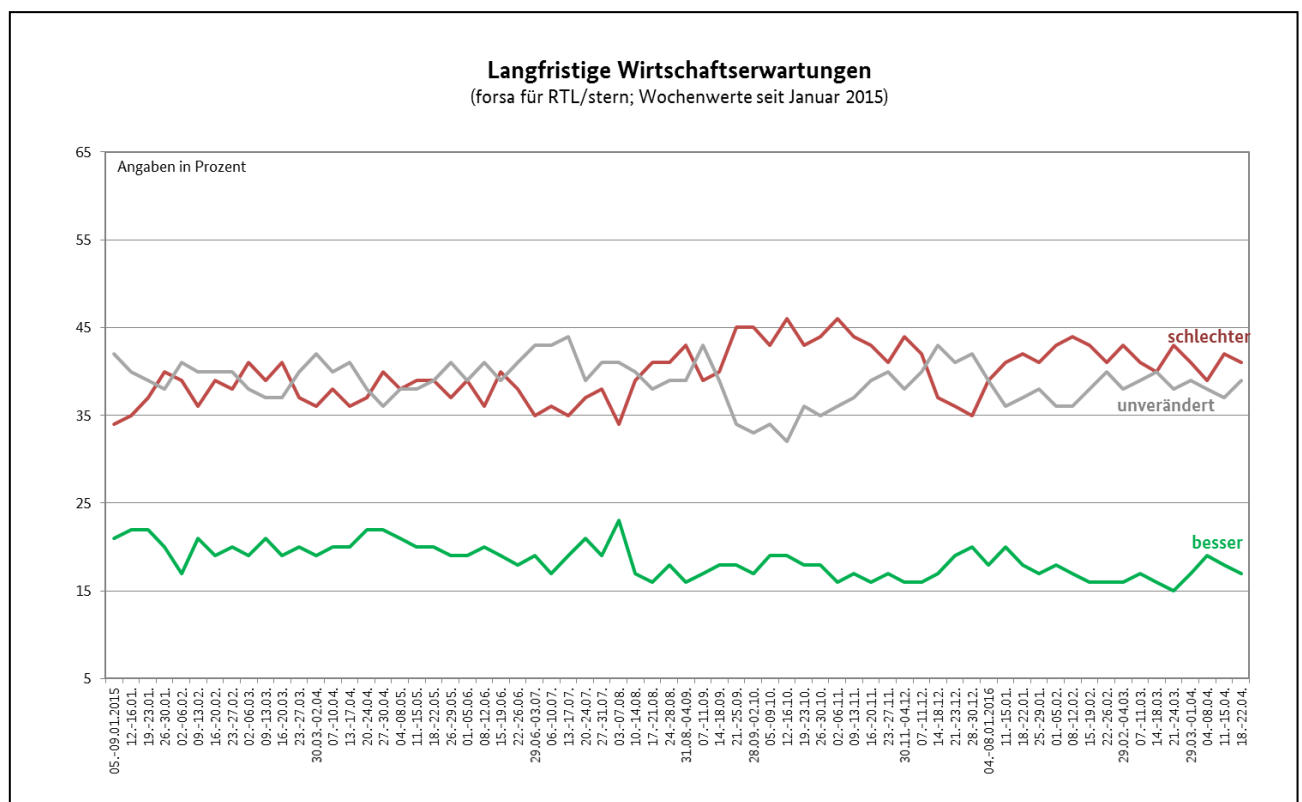
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	17	(-1)
schlechter	41	(-1)
unverändert	39	(+2)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 14

	forsa für BPA
sehr große	13 (-2)
große	50 (+2)
wenig	29 (-1)
keine	7 (-)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.

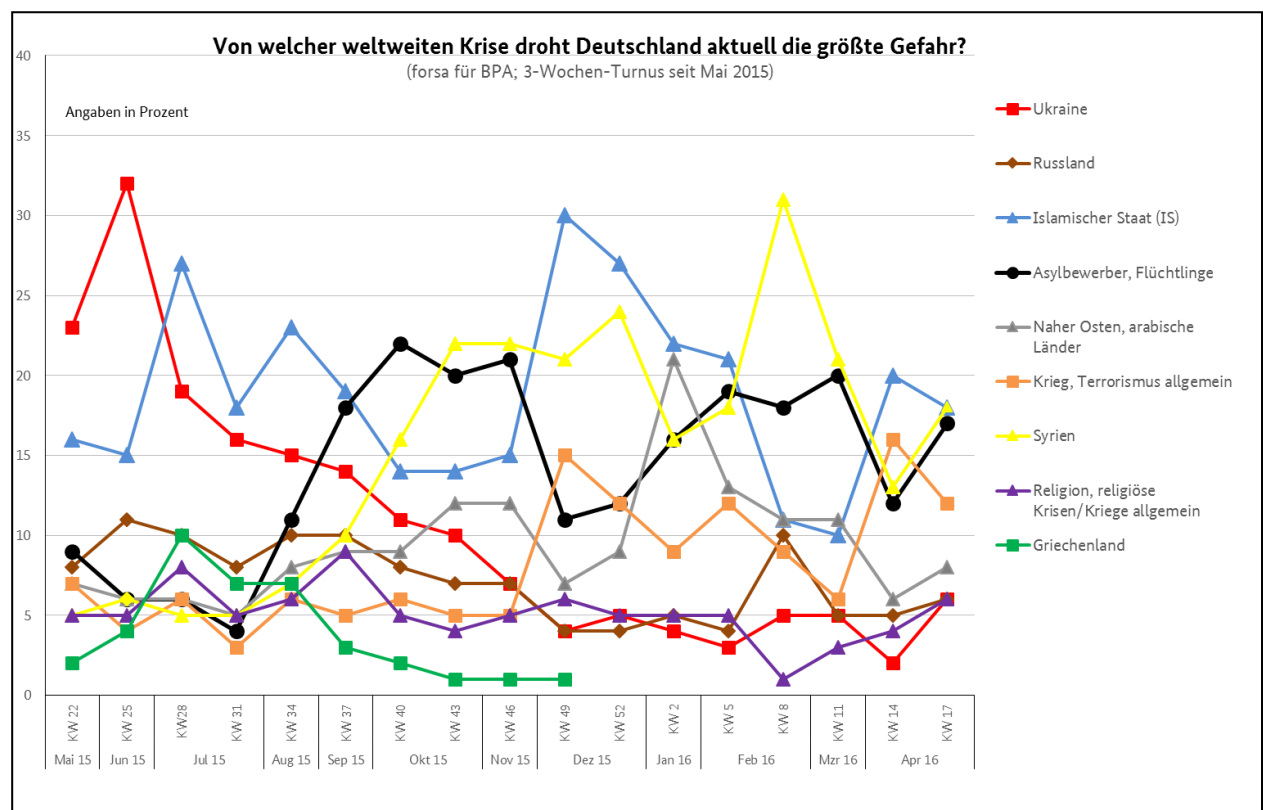
Anhänger der SPD (71 %), der Linkspartei und der AfD (jew. 69 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 55 %).

Unter 30-Jährige (42 %) und Anhänger der FDP (45 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 14

	forsa für BPA
Islamischer Staat (IS)	18 (-2)
Syrien	18 (+5)
Asylbewerber, Flüchtlinge	17 (+5)
Krieg/Terrorismus allgemein	12 (-4)
Naher Osten, arabische Länder	8 (+2)
Russland	6 (+1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	6 (+2)
Ukraine	6 (+4)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 14

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	28	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	11	(+1)
Deutschland tut bereits genug	59	(-)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.	

Unter 30-Jährige (36 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (36 %) sowie Anhänger der Grünen (37 %) und der Linkspartei und der SPD (jew. 36 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (36 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (66 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (73 %) und Anhänger der Union (70 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 14

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	44	(+4)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(+2)
verhält sich alles in allem genau richtig	36	(-5)
Erhebungszeitraum	18.-22.04.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (52 %), 30- bis 59-Jährige (50 %), Anhänger der AfD (73 %) und der FDP (52 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Ostdeutsche (30 %), Anhänger der Linkspartei (41 %) und der Grünen (26 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (46 %) und der SPD (41 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	48 (-1)
Satire über Erdogan, Jan Böhmermann, Reaktion der Bundesregierung	14 (-14)
Deutschland-Besuch von Obama	12 (neu)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	11 (+5)
Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP	8 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-)
Erhebungszeitraum	25.-26.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Über 65-Jährige (56 %), Anhänger der Union, der SPD und der AfD (jew. 54 %) thematisieren die Flüchtlingsströmen bzw. die europäische Einwanderungspolitik überdurchschnittlich oft.

Personen mit hoher formaler Bildung (19 %) sowie Anhänger der Grünen (21 %) nennen das Thema "Satire über Erdogan, Jan Böhmermann, Reaktion der Bundesregierung" überdurchschnittlich häufig.

50- bis 64-Jährige (16 %), Anhänger der FDP (32 %) und der AfD (17 %) nennen die Rentenpolitik und Altersvorsorge überdurchschnittlich oft.

